

Milchtankstelle bringt Zugewinn auf unsicherem Markt

Astrid Grotelüschen informiert sich bei Hurreler Landwirt über Möglichkeiten der Direktvermarktung

Von Marie Busse

HURREL Die große Milchkrise liegt schon zwei Jahre zurück und inzwischen hat sich Branche etwas erholt. Darauf verlassen möchte sich Familie Wieting aus Hurrel angesichts schwankender Preise aber nicht. „Die Preise ändern sich jeden Monat. Da kann man nicht langfristig planen“, sagte Junglandwirt Dennis Wieting anlässlich des Besuchs der örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüschen am gestrigen „Tag der Milch“. Zurzeit erhält der Erzeuger 25 Cent pro Liter Milch. 35 Cent müsste der Rohstoff jedoch mindestens einbringen, um die Existenz des Familienbetriebs zu sichern, erläuterte Wieting.

Mit der Milchtankstelle am Hof hat der Betrieb, von

dem vier Generationen leben, 2016 daher einen weiteren Betriebszweig eröffnet. „Wir haben uns breiter aufgestellt. Die Direktvermarktung macht aber bislang nur einen Bruchteil der Gesamtmenge aus“, betonte Wilfried Wieting. Rund 60 Liter Rohmilch werden an der Tankstelle täglich verkauft. Ein Liter Milch kostet einen Euro. Der Landwirt sagte: „Die Menschen wissen, woher die Milch kommt und sind dann bereit, mehr zu bezahlen.“

Das sei ein Zeichen gegen die aus seiner Sicht weitverbreiteten „Geiz ist geil“-Mentalität, wenn es um landwirtschaftliche Produkte geht: „Die Lebensmittel sind genauso teuer wie 1995. Da stimmt doch was nicht. Gute Produkte haben ihren Preis“,



Die Milchtankstelle bringt einen Zugewinn: Eva und Dennis Wieting (v.li.) stoßen mit Astrid Grotelüschen, Heike und Wilfried Wieting sowie Edo Schweers an.

FOTO: MARIE BUSSE

sagte er. Die Gesellschaft erwarte von der Landwirtschaft umweltfreundlich und nachhaltig zu arbeiten, sei aber nicht bereit mehr

zu bezahlen. „Das passt nicht zusammen“, unterstrich Wieting.

Astrid Grotelüschen begrüßt den Trend zu mehr

Regionalität: „Man weiß, was drin ist und es schmeckt besser.“ Doch auch abseits der Direktvermarktung müsse der Preis

bei dem Erzeuger ankommen. „Die Politik muss Wege finden, die Betriebe jenseits einer Quote zu unterstützen“, bekräftigte sie.